

Zeitschrift: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik
Herausgeber: Verein für wirtschaftshistorische Studien
Band: 117 (2020)

Artikel: Der Energiepapst : Wirken, Werk und Werte von Michael Kohn (1925-2018)
Autor: Lüönd, Karl
Kapitel: 5: Gösigen : der erfolgreiche "Plan B"
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095725>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



GÖSGEN: DER ERFOLGREICHE «PLAN B»

Rückenwind von der Solothurner Regierung /
Der Energiepapst in der Selbstkritik

Protest gegen das KKW
Gösgen im Mai 1977.

Alles anders als in Kaiseraugst

Während das geplante AKW Kaiseraugst vom Hoffnungsträger zum Problemfall mutierte, wurde knapp fünfzig Kilometer landeinwärts in relativer Stille ein Projekt vorangebracht, das eigentlich als «Plan B» für Kaiseraugst gedacht war. In Gösgen im solothurnischen Niederamt entwickelten sich die Dinge dank besserer Öffentlichkeitsarbeit und einer pragmatischen Standort- und Energiepolitik fundamental anders. Und es gab eine Persönlichkeit, die dem Projekt sozusagen das Gütesiegel verlieh: der allgemein respektierte spätere Arbeiter-Bundesrat Willi Ritschard, der ab 1964 als solothurnischer Finanzdirektor tätig war.

Als sich zeigte, dass das Projekt des Kernkraftwerks Kaiseraugst substantielle Verspätung erleiden würde, entschloss sich die Aare-Tessin AG (Atel), eine Tochtergesellschaft von Motor-Columbus, an der unter anderem der Kanton Solothurn beteiligt war, ein eigenes paralleles Projekt im Rahmen der Motor-Columbus/Atel-Gruppe zu bearbeiten. Vorsorglich hatte die Atel schon am Ende der 1950er Jahre Industrieland in Gösgen gekauft, mitten in ihrem historischen Stammland und Versorgungsgebiet.

1966 begann Motor-Columbus mit den Planungsarbeiten. Wesentlich zu dieser Entscheidung trug die Zusage der Electricité de France (EDF) bei, sich an dem Projekt zu beteiligen. Michael Kohn, Leiter der noch jungen Atomabteilung bei Motor-Columbus, legte auf die Information der Bevölkerung am Standort grossen Wert. An einer lokalen Orientierungsversammlung marschierte Kohn mit nicht weniger als sechs Experten auf. Das Echo war günstig. Die Stimmbürger in der Region fühlten sich ernst genommen.

«Solothurn tat alles, um Gösgen zu fördern.»

Das war der erste, sofort in die Augen fallende Unterschied zu Kaiseraugst: Von Anfang an war die Trägerschaft des Projekts in der Region verwurzelt. Die führenden Köpfe der Atel waren ebenso bekannt und in der Region ansässig wie ihre Dienstleistungen, die bis zu den Hausinstallationen reichten. In den vorangegangenen Jahrzehnten hatte die Atel Vertrauen aufgebaut. Und sie war keine ausschliesslich private Trägerschaft. Der Kanton Solothurn war als Miteigentümer massgeblich an der Atel beteiligt und hatte Anspruch auf zwei Verwaltungsratssitze, davon traditionsgemäss auf das Vizepräsidium des Verwaltungsrates. Ab 1969 wurde einer dieser Sitze von Willi Ritschard eingenommen.

Die Solothurner Regierung «tat vom Kanton und von der Regionalplanungsgruppe aus alles, um das KKW Gösgen zu fördern,» erklärte Regierungsrat Hans Erzer in einer Aussprache mit den Gemeinden des Niederamts im Sommer 1972. Schon als 1965 bekannt wurde, dass die im Solothurnischen ansässige Atel

zusammen mit anderen Gesellschaften den Bau eines KKW im aargauischen Kaiseraugst plante, regte die Solothurner Regierung bei der Atel an, zu prüfen, «ob für das zu erstellende KKW nicht ein Standort im Kanton Solothurn in Aussicht genommen werden könnte». Und im April 1967 hatte die Regierung mit Blick auf die Beteiligung des Kantons an der Atel von einem «moralischen Anspruch» gesprochen, nämlich «darauf, dass der Kanton Solothurn in der zukünftigen Entwicklung der Atel in erster Linie berücksichtigt werde». Dass dies vor allem wegen der zu erwartenden Steuereinnahmen geschah, war nicht nur offensichtlich, sondern wurde in Regierungsratsprotokollen auch offen eingestanden.

Willi Ritschard, der Sozialdemokrat und Gewerkschafter, wollte das Kernkraftwerk Gösgen, um die Region voranzubringen und mit der Deckung des wachsenden Energiebedarfs eine wichtige Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Er setzte sich mit seiner ganzen Energie und seiner nicht geringen Durchsetzungsfähigkeit für das Projekt ein, ja er war neben Michael Kohn der «Motor» von Gösgen schlechthin. Dies im Unterschied zur Aargauer Regierung, die sich namentlich in den Anfängen kaum um das Kaiseraugst-Projekt gekümmert hatte. Auch Kohn bezeichnete den damaligen Solothurner Finanzdirektor und nachmaligen Bundesrat Willi Ritschard als treibende Kraft:

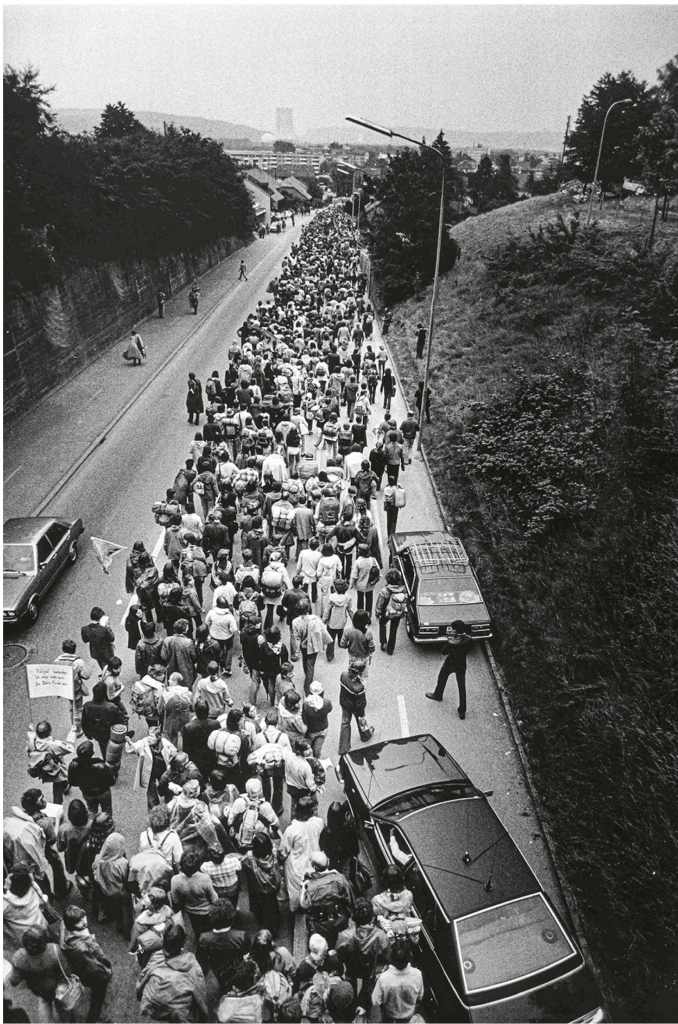
«Er war stark geprägt vom pragmatischen Denken des traditionellen Gewerkschafters; den linken, fundamentalistischen Flügel in der eigenen Bewegung scheint er zunächst unterschätzt zu haben. Er vertraute der Technik und den Technikern und war ganz klar orientiert am materiellen Aufstieg von Seinesgleichen. Der Buezer Willi Ritschard litt unter dem Misstrauen und den Anfeindungen aus den eigenen Reihen. Wortführerin des fundamentalistischen Flügels der Linken war die Chemikerin Ursula Koch, die ihre Karriere als kantonale Parteisekretärin in Zürich begonnen hatte und 1979 zur Geschäftsführerin der Schweizerischen Energiestiftung aufstieg. Aber Willi Ritschard liess sich nicht beirren. Er stand zu der Sache, die er als richtig erkannt hat und hat nicht geschwankt. Das hat uns geholfen. So einen Regierungsrat gab es in keinem anderen Kanton. Interessant ist allerdings: Beim Dossier Kaiseraugst hat er nicht für uns gekämpft; da hat er sich – auch später als Bundesrat – taktisch verhalten. Er hat wohl eingesehen, dass der Fall nicht zu gewinnen war. Gösgen dagegen war sein regionales Solothurner Wirtschaftsförderungsprojekt. Das hat uns geholfen und ihm auch, denn seine Wählerinnen und Wähler konnten sehen: Der tut etwas!»

Nach ersten positiven Befunden wurde im Mai 1969 das Studienkonsortium KKW Gösgen-Däniken ins Leben gerufen, das die Vorprojektierung für das geplante Kernkraftwerk an die Hand nehmen sollte. An diesem beteiligten sich einerseits verschiedene Schweizer Energieproduzenten, andererseits grosse



a

- a| Die Armierung für den unteren Teil des zukünftigen Reaktorgebäudes in Gösgen, 1974.
- b| Protestmarsch gegen das KKW Gösgen am 2. und 3. Juli 1977.
- c| Auch die Polizei war an diesem Tag gefordert.



b



c

EIN TECHNOKRAT ÜBT SELBSTKRITIK

Mit besonderer Vorliebe redete Michael Kohn bei passender Gelegenheit den eigenen Leuten ins Gewissen, um darzustellen, was ihm über die Tagespolitik hinaus wichtig war. In seiner Präsidentialadresse an der Atel-Generalversammlung 1982 sagte er:

*«In unseren Kreisen fehlt schlicht das *«feu sacré»* für die eigene Sache, es herrscht manchmal eine Verleiderstimmung. Wir haben die Argumente, wir müssen sie besser verbreiten lernen. Wir haben das Fachwissen, unsere Gegner das Engagement. Bei uns ist der Kopf dabei, bei ihnen das Herz. Wir setzen mehr auf die Vernunft, sie mehr auf die Emotionen. Deshalb müssen auch wir uns stärker engagieren. Wir müssen uns erwärmen. Wer nicht selber brennt, kann andere nicht anzünden.*

Es geht nicht mehr um Physik, Technik und Wirtschaft, wie wir lange geglaubt haben, sondern um Weltanschauungen und Lebensauffassungen. Die Auseinandersetzungen, welche die Elektrizitätswirtschaft heute führt oder führen sollte, kreisen nur vordergründig um die Frage der Kraftwerke, der Radioaktivität und der Entsorgung. Das sind nur die Vornamen. Es geht auch um die Gesellschafts- und Lebensform, die entweder unserem Wertesystem oder demjenigen unserer Widersacher entspricht. Deshalb ist die Auseinandersetzung in der Energiepolitik eine Kontroverse, in der wir alle, die Aktionäre und die Konsumenten, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und nicht zuletzt auch die Politiker einbezogen sind. Wir sind alle betroffen.

Woran liegt es dann aber, dass die Argumente der Kernkraft-Anhänger nicht besser durchdringen und akzeptiert werden? Es liegt nicht einfach an ungenügender PR, sondern daran, dass die Energiediskussion in eine Zeit fällt, in der bei vielen Menschen ein Unbehagen über die Technisierung der Umwelt festzustellen ist. Sie fühlen sich durch die Technik und Wissenschaft verunsichert. Dann kommt dazu, dass es uns (noch) gut geht. Nur eine Wohlstandsgesellschaft kann sich leisten, in Frage zu stellen, was die Minderbemittelten dieser Erde als höchstes Ziel anstreben: Beschäftigung, soziale Sicherheit, Wohlfahrt.»

Stromverbraucher aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Bereich. Das Konsortium reichte nach Abschluss der Vorarbeiten im Juni 1970 beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement EVED das Gesuch um eine Standortbewilligung für ein Kernkraftwerk in Däniken ein. Per 27. Februar 1973 wurde das Konsortium aufgelöst und in die «Bau- und Betriebsgesellschaft KKW Gösgen» überführt. Die Anteile verteilten sich dabei wie folgt auf die verschiedenen Gesellschaften: Die Atel und damit ihr Anker-Aktionär, der Kanton Solothurn, 27,5 %, die NOK 25 %, die EWZ 15 %, die CKW 12,5 %, die Alusuisse 7,5 %, die Einwohnergemeinde der Stadt Bern 7,5 % und die SBB 5 %. Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der Anteile am KKW Gösgen war somit in der Hand von Energieversorgungsunternehmen.

Gemeinden teilten die Beute und standen hinter dem KKW

Eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung des Projekts war ausserdem die Verständigung der Gemeinden in der Standortregion über die Verteilung der enormen jährlichen Steuereinnahmen; diese wurden auf 5,5 Millionen Franken, jährlich wiederkehrend, geschätzt, von denen 2 Millionen an den Kanton gehen würden. Neben den drei Standortgemeinden Däniken, Gretzenbach und Niedergösgen wurden auch die Gemeinden Obergösgen, Dulliken, Schönenwerd, Lostorf, Winznau, Starrkirch und Stüsslingen bedacht.

Um einen drohenden Streit über die Verteilung des Steuersubstrats zu vermeiden, beschloss der Regierungsrat des Kantons Solothurn im Februar 1970 die Bildung einer Kommission, die einen Vorschlag zur freiwilligen Verteilung der Steuereinnahmen ausarbeiten sollte. Federführend in diesen delikaten Verhandlungen war der Oberrichter und Nationalrat Leo Schürmann. Nach längerem Tauziehen kam eine Einigung zustande, womit die Akzeptanz des Projekts in der Region wesentlich anstieg.

Eine spürbare und organisierte Opposition auf regionaler und lokaler Ebene formierte sich relativ spät. 1972 bildete sich eine Gruppe «Pro Niederamt», 1973 taufte sie sich in «Aktion Pro Niederamt» um. Ab 1975 gab es klare Fronten zwischen Gegnern und Befürwortern, die bis zum Schluss unverändert blieben. Doch war dieser Widerstand nicht entfernt so heftig wie derjenige in Kaiseraugst. Trotz der zunehmenden Schärfe der Äusserungen und der Polemik gegen Behörden und gegen das Grosskapital muss die Gruppe «Pro Niederamt» klar von der späteren, subkulturell und links geprägten Anti-AKW-Bewegung abgegrenzt werden. Den Exponenten der «Pro Niederamt» ging es nicht um den Kampf gegen ein «System», sondern um den Schutz des Lebensraums. Ihr Hauptkritikpunkt war von Anfang an: Die betroffene Bevölkerung sei nie um ihre Meinung gefragt worden. Die vor allem gegen den Kühlturm gerichteten Argumente waren verbunden

mit schweren Vorwürfen gegen Gemeinde- und Kantonsbehörden. Man habe Druck auf die öffentliche Meinung ausgeübt und scheue keine Mittel, diese sich gefügig zu machen. Die Däniker Behörden seien Verbündete der Bauherrschaft, weil sie vom Geldsegen geblendet seien.

Unter der Regie von Michael Kohn trat die Bauherrschaft auf die Debatte ein und hielt mit Inseraten, Broschüren und Versammlungen dagegen. Die Atel war schon 1971 so weit gegangen, in einer Orientierungsversammlung öffentlich zu erklären, dass für sie das gute Einvernehmen mit den Strombezügern an erster Stelle stehe und dass sie auf die Verwirklichung des Projekts verzichten würde, falls ein Grossteil der Bevölkerung ein solches Vorhaben von vornherein ablehnen sollte. Zugleich wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Gemäss Geschäftsbericht 1975 hatten bis dahin annähernd 30 000 Personen den Pavillon und die Baustelle besichtigt.

Wiederholt beschwerten sich Gemeindebehörden von Däniken über «Beeinflussungsversuche» und «Druck von aussen», womit aber nicht die Bauherrschaft gemeint war, sondern unzimperlich vorgehende Gegner. Tatsache ist, dass deren Widerstand zu schwach war und vor allem zu spät kam. Am Ende startete die «Pro Niederamt», gestützt auf eine vergessene Verfassungsbestimmung aus dem 19. Jahrhundert, eine Volksinitiative für die Abberufung des Regierungsrates. Doch die lokale Oppositionsbewegung hatte Pech mit dem Timing. Denn es wurde Herbst 1973, und da begann die erste und folgenreichste Ölkrise. Die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) drosselte bewusst die Fördermengen, zunächst um fünf Prozent. Am 17. Oktober 1973 stieg der Ölpreis von rund drei auf fünf US-Dollar pro Barrel, im Verlauf des nächsten Jahres auf über zwölf Dollar. Drei autofreie Sonntage schärfen das öffentliche Bewusstsein für die allgemeine Abhängigkeit vom arabischen Öl. Das so genannte «Ölembargo» – genauer: die demonstrative Drosselung der Fördermengen – diente den OPEC-Staaten als politisches Druckmittel gegenüber einigen westlichen, von Erdölimporten abhängigen Staaten, mit deren Politik in Sachen Nahostkonflikt sie nicht einverstanden waren. Dies war definitiv nicht die richtige Zeit, um gegen die Kernenergie zu kämpfen, die von ihren Befürwortern als sicher, sauber und unerschöpflich dargestellt wurde.

Das Kernkraftwerk Gösgen konnte von 1973 bis 1978 sozusagen im Windschatten des Energieschocks gebaut und Ende 1979 in Betrieb genommen werden. Gösgen erreichte auf Anhieb die erwarteten Leistungswerte und zeichnete sich durch einen weitgehend störungsfreien Betrieb aus.



a



b

- a | Michael Kohn vor dem Reaktormodell anlässlich der Eröffnung des Kernkraftwerks Gösgen 1979.
- b | Michael Kohn spricht am 2. Juli 1975 anlässlich des Aufrichtefestes in Gösgen.

TITANIC ODER ARCHE NOAH?

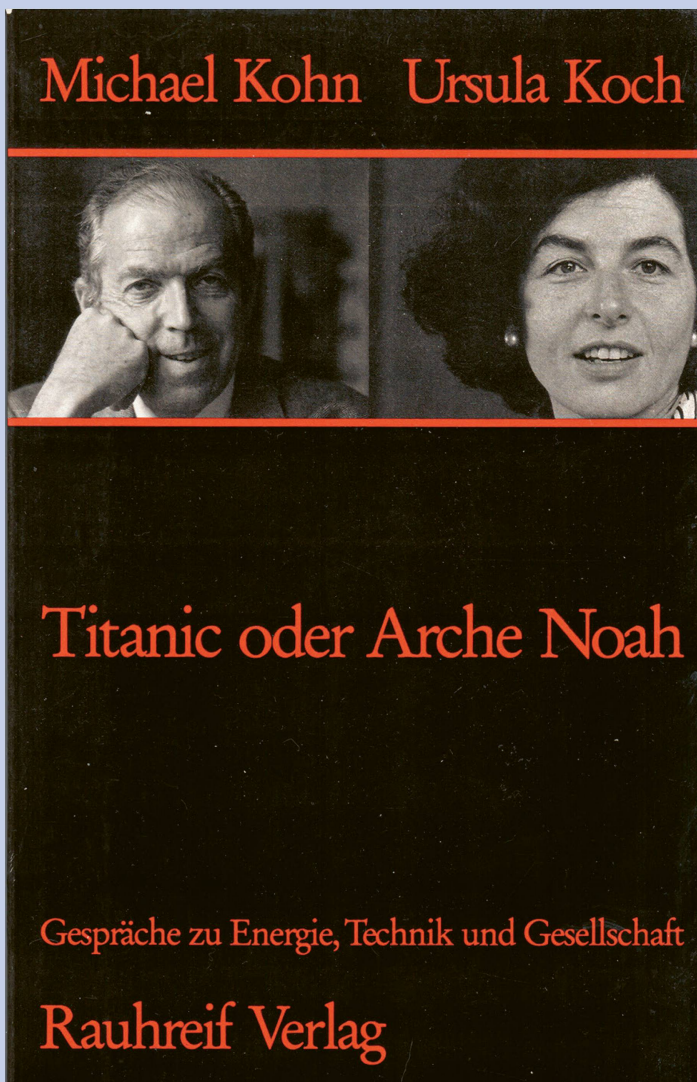
Unter dem frischen Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl bat die Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften der ETH Zürich Michael Kohn, im Wintersemester 1986/87 eine Vorlesungsreihe zum Thema «Technik, Geschichte und Gesellschaft» durchzuführen. Im Vertrauen auf den Erkenntnisgewinn aus Dialektik lud Michael Kohn neben Sozialwissenschaftlern und Historikern auch Ursula Koch zu einem Referat mit anschliessender Debatte ein.

Frau Koch, früher Geschäftsführerin der Schweizerischen Energiestiftung, dann Stadträtin in Zürich, liebte es, in bester dialektischer Denktradition die Widersprüche zuzuspitzen und öffentlich herauszupräparieren. Als bewusst parteiliche und lustvoll einseitige Politikerin forderte sie ihr Gegenüber zur Parteinahme heraus. Die Dispute sind in einem gemeinsamen Buch dokumentiert: «Titanic oder Arche Noah? Gespräche zu Energie, Technik und Gesellschaft», Zürich 1987.

Einig waren sich die Kontrahenten vor dem Hintergrund des Wachstums der Weltbevölkerung und des ständig steigenden Energiehungers darin, dass rationellere Energieverwendung angesagt war sowie ein Übergang auf natürlich erneuerbare Energiearten, die keine unverwertbaren Rückstände hinterlassen: Sonne, Wasser, Wind.

Hinter den Detailfragen und den technischen Einzelheiten steckte die Angst vor der unverstandenen Grosstechnik und deren Auswirkungen auf Menschen und Gesellschaft. Michael Kohn plädierte wie Dutzende Male vor und nach dieser Grundsatzdebatte für eine pragmatische Sichtweise entlang der drei massgebenden Verlaufslinien: technische Entwicklung, wirtschaftliche Tragbarkeit, gesellschaftliche Verantwortbarkeit: «Im Boom der Nachkriegszeit schien alles machbar, auch Sicherheit. Die vagabundierende Angst aber ist ein konstituierendes Element der menschlichen Existenz. Jeder denkende und empfindende Mensch hat Angst, wenn er an die Bevölkerungsexplosion denkt und an Umweltbelastung, an Hunger, Bodenerosion, Klimaveränderung infolge weltweiten Abholzens von Wäldern. Mit der Weltuntergangsstimmung, der «grossen Angst» (nach

Günter Grass) kann ich aber auch nach Bhopal, Schweizerhalle und Tschernobyl nichts anfangen. Warum fragen Sie mich nur nach der grossen Angst, nicht auch nach den grossen Freuden, zum Beispiel darüber, dass dank den Fortschritten der Medizin Tausende von Menschen gerettet werden konnten? Für mich ist eine Technik sicher genug und akzeptabel, wenn sie die Lebensgrundlagen nicht in Frage stellt, die Menschenwürde nicht verletzt und wenn sie vor allem nicht risikoreicher ist als andere Technologien, mit denen wir schon leben.»



Viel beachtet und stark verkauft: die Streitgespräche zwischen Michael Kohn und Ursula Koch in Buchform.